

Dringliche Bitte zum Pflege neuordnungsgesetz (PNOG)

An

**Betreff: Bitte setzen Sie sich gegen die geplanten Verschlechterungen im
Pflege neuordnungsgesetz (PNOG) ein.**

Sehr geehrte Damen und Herren,

als Bürger und Beobachter der Pflegepolitik wende ich mich mit großer Sorge an Sie.

Der vorliegende Entwurf des Pflege neuordnungsgesetzes (PNOG) soll die Finanzprobleme der Pflegeversicherung lösen. Entsprechend der bisher veröffentlichten Pläne geschieht dies jedoch vor allem durch Leistungskürzungen für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen (siehe Referentenentwurf des PNOG).

Besonders problematisch erscheint mir die vollständige Streichung des bisherigen Entlastungsbetrags für Menschen mit Pflegegrad 1. Diese Leistung von bislang 131 Euro monatlich stellt für viele Betroffene eine wichtige Unterstützung im Alltag dar, etwa für Haushaltshilfen oder stundenweise Entlastung. Künftig sollen Menschen mit Pflegegrad 1 stattdessen lediglich Beratungsangebote erhalten, deren praktische Verfügbarkeit bislang unklar ist. Wie passt das mit dem bereits bescheinigten Pflegebedarf zusammen?

Ebenso kritisch sehe ich die geplante Verschärfung der Pflegebegutachtung. Nach dem Gesetzentwurf sollen die Zugangsvoraussetzungen zu den Pflegegraden angehoben werden. Dadurch droht, dass Menschen mit tatsächlichem Unterstützungsbedarf künftig keinen oder nur einen niedrigeren Pflegegrad erhalten. Gerade angesichts des bereits heute häufig beklagten Problems fehlerhafter Einstufungen wäre dies ein Schritt in die falsche Richtung. Hinzu kommt, dass neu eingestufte Pflegebedürftige der Pflegegrade 2 und 3 in den ersten drei Monaten nur die Hälfte der vorgesehenen Geldleistungen erhalten sollen. Ausgerechnet in dieser Phase entstehen Familien oftmals die höchsten organisatorischen und finanziellen Belastungen durch die neue Pflegesituation.

Auch pflegende Angehörige werden durch das PNOG belastet. Die geplante Reduzierung der Rentenbeiträge für Pflegepersonen verschlechtert deren soziale Absicherung erheblich. Menschen, die bereits heute einen Großteil der Pflege in Deutschland leisten und ihre Arbeitszeit z. T. stark verkürzen, dürfen nicht zusätzlich benachteiligt werden.

Besondere Sorgen bereitet mir außerdem die Abschaffung der bisherigen Verhinderungspflege. Das vorgesehene Überbrückungsbudget fällt geringer aus und soll nur noch für professionelle Angebote genutzt werden können. Damit verlieren Familien wichtige Möglichkeiten, Pflege flexibel zu organisieren und Belastungsspitzen abzufedern.

Pflegebedürftige Menschen, ihre Angehörigen und ehrenamtlich Pflegenden brauchen Verlässlichkeit, Entlastung und eine bessere Unterstützung. Das PNOG droht hingegen, bestehende Leistungen einzuschränken, Zugangshürden zu erhöhen und finanzielle Belastungen zu vergrößern.

Ich bitte Sie daher dringend, sich im Rahmen Ihrer politischen Möglichkeiten für eine Überarbeitung dieser Reform einzusetzen und den Schutz der Pflegebedürftigen sowie ihrer Angehörigen in den Mittelpunkt zu stellen.

Mit freundlichen Grüßen

P.S.: Zusätzliche Erläuterungen der dargestellten Kritikpunkte können Sie der Analyse des Gesetzentwurfs über die Homepage des Beratungsunternehmens Pflegewächter *„Pflegereform 2026: Das verlierst du durch das PNOG“* vom 09.06.2026 entnehmen.